

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 50 Hg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4508. — **Postfachkonto Nr. 53177**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Telegraphische Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13603. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 10/21 — Telephon 4508

Inseratenpreise: Die 7 gelbte Kolonetzelle oder deren Raum 1.50 Mk., bei Anwerbsfrist 2.30 Mk.; Familienanzeigen, die 7 gelbte Zeile 1.70 Mk.; Reklame-Kolonetzelle 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweigabtheile und alle Postanstalten entgegen.

Die Regierungskrise und die U.S.P.D. An das deutsche Proletariat!

Die kapitalistischen Parteien treiben ein Spiel mit den Lebensinteressen des deutschen Volkes. Sie haben eine Regierungskrise heraufbeschworen und das Kabinett Wirth gestürzt.

Warum mußte das Kabinett Wirth zu nichte werden?

Ingeblüh wegen der Entscheidung des Obersten Rates über Oberschlesien. Das ist nur ein Vorwand.

Demokraten und ein Teil des Zentrums haben die Regierungskrise gesprengt, weil sie die Launen aus dem Londoner Ultimatum nicht den bestehenden Klassen mit auferlegen wollten. Sie kränkelten gegen die unumgängliche notwendige Erfassung der Goldwerte, durch die endlich den Kapitalisten und Kriegsgewinnern Süßwar gemacht würde, wozu ihre imperialistische Kriegspolitik geführt hat. Sie wollen die Basis der Regierung nach rechts verschieben und die Deutsche Volkspartei in die Regierung aufnehmen, um mit deren Hilfe die Steuerfahndung durchzuführen.

Deutsche Volkspartei und Deutschnationale streben nach demselben Ziel und hoffen, so die Grundlage für eine allgemeine reaktionäre Politik zu gewinnen.

Den bürgerlichen Parteien der bisherigen Koalition ist ihr Streben nach dem Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei außerordentlich erleichtert worden durch den Görlitzer Parteitag. Dort haben die Rechtssozialisten ebenfalls ihre Bereitwilligkeit, die Koalition bis auf die Deutsche Volkspartei auszuweiten, unverhüllt zum Ausdruck gebracht. Die in Görlitz gefasste Resolution, sowie dort gehaltenen Reden haben die geschlossene Front der Arbeiter zum Schutz der Republik erschüttert, die bürgerlichen Parteien in ihren reaktionären Bestrebungen ermutigt und gleichzeitig die Möglichkeiten zu der Katastrophenpolitik, wie sie durch die Einleitung der gegenwärtigen Krise zum Ausdruck gekommen ist, geschaffen.

Die Entscheidung des Obersten Rates über Oberschlesien wird nun benutzt, um mit Hilfe der neu ausgepeitschten nationalistischen Instinkte

die wahren Ursachen der Regierungskrise und die Absichten der kapitalistischen Parteien zu verschleiern.

Die Entscheidung über Oberschlesien beweist die Unmöglichkeit, die Nationalitätenfrage, die aufs engste mit wirtschaftlichen und sozialen Problemen verknüpft ist, mit imperialistischer Gewalt zu lösen.

Durch das oberste Wirtschaftsgesetz ist eine politische Grenze gezogen, und zu gleicher Zeit wird von Deutschland und Polen verlangt, sich über eine einheitliche Wirtschaftsorganisation der voneinander getrennten Gebiete zu verständigen.

Die Unabhängige Sozialdemokratie ist sich vollkommen klar über die verhängnisvollen Wirkungen, die daraus für das deutsche Wirtschaftsleben erwachsen. Sie denkt nach wie vor nicht daran, den Friedensvertrag von Versailles und seine

Anwendung zu rechtfertigen oder zu billigen, da sie jede imperialistische Gewaltspolitik verurteilt. Sie ist aber nicht minder davon überzeugt, daß eine Revision des Friedensvertrages nicht durch aktiven oder passiven Widerstand, hinter dem neue Konflikte lauern, sondern, solange die internationale Arbeiterschaft nicht die Macht hat, eine Lösung der Streitfrage im sozialistischen Sinne durchzuführen, nur herbeigeführt werden kann durch eine Politik des Wiederaufbaus und der internationalen Verständigung, insbesondere mit Polen. Gegenüber den Verleumdungen der Nationalisten, die Regierung Wirth für die Entscheidung über Oberschlesien verantwortlich zu machen, wiederholt die Unabhängige Sozialdemokratie unmissverständlich, daß auch diese Entscheidung die notwendige Folge des verlorenen imperialistischen Krieges ist.

Die Parteien, die für Krieg und Zusammenbruch verantwortlich sind, sind belastet auch mit der Schuld an dem Frieden von Versailles und an dem Verlust wirtschaftlich wertvoller Gebiete Oberschlesiens. Das Deutschland den Friedensvertrag und das Ultimatum unterzeichnen mußte, war die unvermeidliche Folge der kapitalistischen und militaristischen Kriegspolitik. Die aufgezogene Unterzeichnung verpflichtete es zur totalen Erfüllung des Friedensvertrages. Diese harten Tatsachen machten es von vornherein wahr scheinlich, daß Oberschlesien nicht ungeteilt bei Deutschland bleiben würde. Gleichwohl haben die bürgerlichen Parteien, und nicht minder die Rechtssozialisten, durch Taten und Unterlassungsgeboten über diesen Stand der Dinge hinweggetäuscht.

So konnte es dahin kommen, daß die Katastrophepolitiker die Entscheidung über Oberschlesien dazu benutzten, das Kabinett Wirth zu stürzen.

In einer Zeit, wo eine aktionsfähige Regierung dringender denn je notwendig gewesen wäre, wurde ein Chaos geschaffen, an dem lediglich die Feinde der Republik Freude haben. Dabei ist für die Einleitung von Verhandlungen mit Polen nur eine Frist von wenigen Tagen gegeben.

Die Bedrohung der Republik

von innen wird verhängt durch den Putsch des verjagten Habsburgers in Ungarn. Denn dieser Putsch ist nur eine Teillaktion der international organisierten Verschwörer des alten Systems.

Hinter dem Intrigenpiel um die Regierung verbirgt sich der Kampf des Kapitalismus gegen den Sozialismus.

Diese Situation haben die Arbeiter zu erkennen.

Proletariat! Laßt euch durch die nationalistischen Parteien nicht verwirren! Die Front des kapitalistischen Pürgereus schließt sich. Bunt nur auf eure eigene Kraft!

Schließt euch zusammen auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes!

Das Ende des zweiten Karlsputsches.

Der legitime Kaiser des österreichischen Erzherzogs hat ein vorzeitiges Ende gefunden. Karl ist der Gefangene Horthy's. Seine Truppen sind auseinandergefallen wie Spreu im Winde und liehen Karl mit samt seiner parma-bourbonischen Flia im Eisenbahnzuge zurück. Die Karlstruppen liehen nach echter Soldatenmanier auseinander, ihren hohen erwählten König kreuzes im Stiche lassend. Karl aber wird zunächst Zeit und Mühe finden, auf einem ungarischen Herrenhof seine Putzmemoiren zu schreiben.

Damit ist nun freilich nicht gesagt, daß mit der Internierung Karls auch der Karlsputsch sein Ende findet. Der ungarische Reichsverweser ist zum mindesten ein fragwürdiger Verteidiger der ungarischen Republik und die geradezu vorläufige Lebenswürdigkeit, mit der die Gefangennahme des edlen Putzschützenpaars erfolgte, ist außerordentlich verdächtig. Soviel wissen wir, die ungarischen Horthyleute sind keine Jakobiner, die vereint ihrem Ludwig gehörig heimleuchteten, als er auf der Reise zu den legitimen Emigranten nach Koblenz zu entkommen strebte. Die Jakobiner waren Bürger dafür, daß der internierte König einen Wohnsitz erhielt, der seinen legitimen Treibern ein gründliches Ende herbeiführte. Indes die Gedankenwelt Ludwigs des Sechzehnten ist noch immer wach, und auch Horthy ist nur dem Zwange gehorchend Republikaner. Sein Handeln wird bestimmt durch die durchaus aggressive Haltung der kleinen Entente. Der Stolz Karls wäre der Kriegsfall an allen Grenzen Ungarns, die Einschränkung des gesamten Wirtschaftlebens, der Verfall des gesamten Staates. Somit aber selbste Horthy in allen seinen Regierungshandlungen als ein würdiger Vertreter des alten Prinzipals. Bestände nicht die dauernde Gefahr außerpolitischer Verwicklungen, dann wäre Horthy durchaus kein entscheidender Gegner des monarchistischen Gedankens. Die Wiederkehr Karls ist eine dauernde Bedrohung der jungen Staatsgebilde, die sich aus der Konkursmasse des habsburgischen Kaiserreichs ihre Selbständigkeit gerettet haben. Sie sind die entschledenen Gegner der Restauration in Ungarn. Karl von Habsburg in Budapest würde die an sich nicht wenig verworrenen Verhältnisse als Angemessene steuern und die dauernde Vorkaufsfrist des verfallenen Kaiserreichs mit all dem Komitatistischem beudeuten. Am so mehr, als die große Entente, nicht nur während des ersten Karlsputsches, sondern auch in der Frage des Bürgerlandes eine Haltung eingenommen hat, die außerordentlich zweifelhaft erscheint. Soviel steht fest, daß die französische Regierung eine durchaus duldende Stellungnahme zeigt. Die Tatsache, daß die Zylkerin sich ihrem putschistischen Gemahl angeschlossen hat, ist nicht ohne Bedeutung. Zita ist ihrem durchaus französisch gesinnten Geschlecht entsprossen. In ihrem Uterus rollt Blut, das auch Ludwig den Sechzehnten befehlte. Zita war die Mittelsperson, die die illegitimen Friedensangebote Oesterreichs nicht nur in die Altentasse Erzbergers, sondern auch den französischen Regierungskreisen in die Hände spielte. Sie ist die Verbindungs person zwischen den französischen Legitimisten und ihren Gefinnungsgenossen im Osten.

Brian steht gewiß nicht im Geruche eines Monarchisten. Darum erscheinen diese Einflüsse auf den ersten Blick durchaus unverständlich. Trotzdem finden die Schritte Karls in französischen Regierungskreisen eine durchaus wohlwollende Stellungnahme, da der Erfolg seiner Absichten in Ungarn den Vereinigungsplänen Oesterreichs mit Deutschland auf Jahrzehnte hinaus ein Ende macht. Daher die süßsauren Mienen der deutschen Legitimisten, denen an sich ein monarchistischer Putsch in Ungarn nicht unangelegen käme, wenn die Person des Trägers der Umtriebe ihrer nationalistischen Gedankenwelt entspräche. Wohl befinden sich auch die bairischen Monarchisten, wie an anderer Stelle berichtet wird, im Zustande der Mobilmachung. Ihre Geschichtsorganisationen stehen auf dem Sprunge, die Frage des Legitimismus eine erneute Schwungkraft zu geben. Trotz Verdenfeld werden wir in den nächsten Tagen in München, anlässlich der Befehlungsfeierlichkeiten der Leiche Ludwigs von Wittelsbach, eine monarchistische Propaganda erleben, die nichts unversucht lassen wird, den monarchistischen Gedanken zu galvanisieren.

Zunächst freilich hat der Zusammenbruch der Monarchisten in Ungarn der Sache des Legitimismus einen gehörigen Stoß versetzt. Aber seien wir uns klar darüber, daß Karl von Habsburg eben nur der Träger des monarchistischen Gedankens ist. In sich ist er viel zu schwächlich, um der Propaganda selbst und ihren Organisationen neue Aufträge zu geben. Er ist nur der Geschobene, der immer darn in den Vordergrund gedrängt wird, wenn die Möglichkeit eines Erfolges winkt. Darum aber ist auch die Gefangennahme Karls von untergeordneter Bedeutung und selbst wenn Horthy gegen den Umstürzler Karl seine Befehlsbänder nach dem berühmten Muster in Bewegung setzen würde — was natürlich ausgeschlossen ist —, wenn dem Leben Karls und seiner

Zentralkomitee und Reichstagsfraktion
der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Schützt die Republik!

Gemeinsame Erklärung der sozialdemokratischen Parteivorstände Deutschlands, der Tschecho-Slowakei und Oesterreichs.

Angehts der wachsenden Bedrohung der republikanischen Verfassung durch die monarchistische Konterrevolution haben die Parteivorstände der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands, Oesterreichs, der Tschechoslowakischen Arbeiterpartei, der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sich auf folgende Erklärung geeinigt:

Das gemeinsame Interesse des gesamten Proletariats der Deutschen Republik, der Tschechoslowakei und Oesterreichs besteht in der Aufrechterhaltung und Sicherung der republikanischen Staatsform in diesen Ländern mit allen

parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln.

Die Parteileitungen erwarten einerseits von den politischen Bestrebungen der Arbeiterklasse den Einsatz ihrer ganzen parlamentarischen Macht dafür, daß alle monarchistischen Forderungen abgewehrt und die Regierung für jede Unterlassung oder Duldung gegenüber Angriffen, die den Bürgerkrieg zur Folge haben müssen, verantwortlich gemacht wird. Sie erwarten andererseits, daß die arbeitenden Klassen selbst

die ganze Kraft ihrer politischen und wirtschaftlichen Organisationen bereit halten, um sich gegen die Wiederkehr der mit dem Kruche des Krieges belasteten Dynastien und gegen die Wieder-

aufrichtung des Militarismus und des Systems politischer und sozialer Unterdrückung zur Wehr zu setzen. Die unterzeichneten Parteileitungen werden zur einheitlichen Abwehr miteinander in ständiger Fühlung bleiben. Sie richten zugleich an alle sozialdemokratischen und Arbeiterparteien der Welt den Appell, das Proletariat der zunächst bedrohten Länder in seinem Verteidigungskampfe zu unterstützen und erinnern insbesondere die Parteien Englands, Frankreichs, Belgiens und Italiens an ihre erhöhte Verantwortlichkeit, da offensichtlich diese Reparationsversuche von der offiziellen und inoffiziellen Politik ihrer herrschenden Klassen getragen sind.

Sozialdemokratische Arbeiterpartei Oesterreichs:

Karl Seib, Ferdinand Starek.

Tschechoslowakische Sozialdemokratische Arbeiterpartei:

Remec, Jaroslav Hler.

Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschecho-

Slowakischen Republik:

Dr. Ludwig Czech, Karl Cermak.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Sermann Müller, Otto Bels.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Arthur Crispian, Georg Ledebour.